

Kein Zuschuss für den Einzelhandel

Mitglieder des Hauptausschusses kritisieren Verwaltungsvorschlag und fordern zunächst umfassendes Konzept

Von Sarah Reith

Baden-Baden – Für rund 20000 Euro hat die Stadt im vergangenen Jahr eine Kunden-, Tourismus- und Besucherbefragung durchführen lassen. Von den Ergebnissen des beauftragten Marktforschungsinstituts und dem daraus resultierenden Vorschlag der Verwaltung waren die Mitglieder des Hauptausschusses jetzt aber alles andere als begeistert: Sie lehnten es vorerst ab, mehr Geld in die Vermarktung der Innenstadt zu investieren.

Wie berichtet, hatte die Verwaltung vorgesehen, den Zuschuss für den Einzelhandel in der Innenstadt von derzeit 50000 Euro im Jahr auf 100000 Euro zu erhöhen. Damit solle die Erarbeitung und Umsetzung eines Vermarktungskonzepts finanziert werden, um den innerstädtischen Einzelhandel überlebensfähig zu machen, hatte es in der Sitzungsvorlage geheißen. Denn das Marktforschungsinstitut habe ermittelt, dass Baden-Baden „sowohl regional als auch



Ist die Baden-Badener Innenstadt als Einkaufsdestination gut aufgestellt? Darüber wird derzeit heftig diskutiert.

Foto: Zeindler-Efler/Archiv

überregional nicht in dem Maße, wie es sich die Stadt wünscht, als Einkaufsstadt wahrgenommen wird“.

In der Sitzung nannte ein Vertreter des Instituts einige bei den Befragungen betonte „Defizite“: So werde die Einkaufssituation in der Innenstadt zwar durch Besucher positiv wahrgenommen, von den Einwohnern aber kritisch. Auch die schwierige Parksituation sei thematisiert worden. Eine „Emotionalisierung der Marke Baden-Baden“ sei erforderlich, lautete eine seiner Schlussfolgerungen.

Den Mitgliedern des Hauptausschusses war das allerdings zu wenig. „Was jetzt noch fehlt, ist die Umsetzung. Wie packen wir es an?“, kommentierte etwa Armin Schöpplin (CDU). Zudem warf er die Frage auf, wie viel Kaufkraft abfließe, weil viele Baden-Badener nicht mehr in der eigenen Innenstadt einkauften, wo ihnen das Angebot zu hochpreisig sei. „Wo kaufen die Baden-Badener ein, wo kauft das Umland ein?“, wollte er wissen – bekam darauf aber keine Antwort. Seine Fraktion beantragte, mit allen Akteuren gemein-

sam konkrete Vorschläge zu erarbeiten.

Dem schloss sich auch Beate Böhlen (Grüne) an. Sie beantragte ergänzend, die Entscheidung über den höheren Zuschuss zur Vermarktung der Innenstadt bis auf weiteres zu vertagen. „Es muss sich generell etwas ändern“, konstatierte sie. Bei der anstehenden Klausursitzung des Gemeinderates müsse eine strategische Planung angegangen werden. Sie verwies auf Möglichkeiten der Steuerung, beispielsweise über die Stadtbaugesellschaft GSE, die entscheiden könne, an wen

sie Ladengeschäfte vermiete. Auch Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler) fand die Ausführungen des Marktforschers und die Verwaltungspläne wenig konkret und forderte „Butter bei die Fische“. Er regte an, die Kooperation zwischen Innenstadt und Shopping Cité zu verstärken.

Kritische Töne kamen zudem von Kurt Hochstuhl (SPD): „Geld ersetzt keine Visionen“, kommentierte dieser und äußerte Zweifel daran, dass der erhöhte Zuschuss für den Einzelhandel ohne ein gesamtstädtisches Konzept etwas bringe. Seinen Vorrednern schloss sich auch Rolf Pilarski (FDP) mit der Forderung nach einem „Gesamtkonzept“ an.

Die Anträge von Grünen und CDU, die Abstimmung über die Zuschusserhöhung zu vertagen und zunächst konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wurden einstimmig angenommen. Oberbürgermeisterin Margret Mergen betonte, das Thema „attraktive Innenstadt“ sei bei der Klausurtagung ohnehin vorgesehen gewesen, und man werde sich der Thematik widmen.